

Positionspapier der Psychologie-Fachschaften-Konferenz zur Anwesenheitspflicht

Sehr geehrte Damen und Herren,

die bundesweite Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo) hat auf ihrer 21. Tagung vom 28.05.2015 - 31.05.2015 in Heidelberg mit TeilnehmerInnen aus 25 Fachschaften der deutschen Hochschulen die folgenden Forderungen zum Thema Anwesenheitspflicht beschlossen:

Die PsyFaKo fordert die Abschaffung der Anwesenheitspflicht in Lehrveranstaltungen und spricht sich gegen die rigide Kontrolle der physischen Anwesenheit, gegen die Bestrebungen, Anwesenheitspflicht wiedereinzuführen und gegen äquivalente Sanktionen von Abwesenheit aus. Die Studierenden müssen in die hierfür notwendigen Veränderungsprozesse als ExpertInnen ihrer Lebenswirklichkeit mit hohen Selbstbildungspotentialen eingebunden werden.

Die PsyFaKo befürwortet die formale Abschaffung der Anwesenheitspflicht in einzelnen Bundesländern wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen, Bayern und Thüringen und fordert die Hochschulen zu einer konsequenten praktischen Umsetzung auf.

Wir erwarten, dass die Landesregierungen sich aktiv an den notwendigen Prozessen beteiligen und diese vorantreiben. Weiterhin fordern wir die Universitäten auf, sich aktiv dafür einzusetzen, dass auch indirekte Anwesenheitspflicht nicht mehr gefordert werden darf.

Die klarstellenden Darlegungen einzelner Ministerien und die Wahrnehmung ihrer rechtsaufsichtigen Verantwortung sind unserer Meinung nach eindeutige, richtungsweisende Zeichen für alle Hochschulen Deutschlands.

Anwesenheitspflicht per se ist nach dem verfassungsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nicht gerechtfertigt.

Als bundesländerübergreifendes Gremium ist für uns die bundesweite Relevanz der aktuellen Debatte in besonderem Ausmaß greifbar. Studierende der Psychologie in allen Bundesländern werden regelmäßig mit direkter und indirekter Anwesenheitspflicht konfrontiert. Als angehende PsychologInnen sehen wir dies mit großer Sorge, da hierdurch negative soziale Prozesse angeregt und essenzielle Lernprozesse gehemmt werden. Es ist Pflicht der wissenschaftlichen Psychologie hier mit ihren Kenntnissen und Forschungsergebnissen zu intervenieren.

Eine erzwungene Anwesenheit kann nicht als geeignetes Mittel für ein erfolgreiches Studium angesehen werden. Durch reine physische Anwesenheit wird die Qualität von Lernprozessen nicht zwangsläufig sichergestellt und keine interessierte, aktive Teilnahme erreicht. Körperliche Anwesenheit ist keine Leistung, falls doch, sind Teilnehmende bereits qualifiziert.

Außerdem kritisieren wir, dass das Fernbleiben von Veranstaltungen häufig als mangelndes Interesse gewertet wird. Diese Generalisierung halten wir für falsch. Der Lebensalltag der Studierenden ist sehr vielfältig und sollte dementsprechend anerkannt und gefördert werden. Eine allgemeine Anwesenheitspflicht wird dem nicht gerecht. Es gibt viele Studierende, die z.B. eine eigene Familie haben, Angehörige pflegen, ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, ein Ehrenamt ausüben, sowie durch Krankheiten und/oder andere Lebensumstände in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Diesen sollte durch eine Anwesenheitspflicht das Bestehen von Studien- und Prüfungsleistungen nicht zusätzlich erschwert werden. Die Hochschulen stehen in der Pflicht, Chancengleichheit für alle ihre Studierenden sicherzustellen.

Zudem geht die universitäre Lehre vom Prinzip der Gemeinschaftlichkeit von Lehrenden und Lernenden aus, welches einen wissenschaftlichen Diskurs ermöglichen sollte und nicht auf Zwang aufbauen kann und darf. Durch eine Anwesenheitspflicht werden die Studierenden unter Generalverdacht gestellt. Es wird davon ausgegangen, dass die Studierenden sich dafür entscheiden, Veranstaltungen nicht zu besuchen, wenn Ihnen die Wahl überlassen wird. Dieses Misstrauen ist keine Grundlage für eine produktive Zusammenarbeit zwischen Dozierenden und Studierenden.

Die Studierenden des 21. Jahrhunderts verlangen nach einer Stärkung der Eigenverantwortlichkeit sowie einem Einbezug und Mitspracherecht. Ziel der Hochschulen sollte daher eine einvernehmliche Gestaltung des Lehrbetriebes und eine gute gemeinsame Praxis in Studium und Lehre sein, die die Bedürfnisse aller Beteiligten beachtet. Hierdurch erst wird ein gleichberechtigter Dialog möglich. Anstelle von kleingliedrigen Regulierungen und Androhung von Sanktionen sollte ein produktives Lernklima stehen, das von gegenseitiger Verantwortung und beidseitigem Respekt geprägt ist.

Dafür müssen sich die Forschungsanstalten wandeln - weg von verschulden Lernfabriken hin zu selbstbestimmten Bildungsorten.

Wir sind keinesfalls gegen Anwesenheit, lediglich gegen den Zwang ihrer Durchsetzung. Wir sind uns sicher, dass die emanzipierten Studierenden verantwortungsvoll mit dem Wegfall der Anwesenheitsregelungen umgehen werden.

Die Angst vor zukünftig leeren Seminarräumen und nicht besuchten Lehrveranstaltungen sind nach unserer Ansicht unbegründet, denn eine didaktisch hochwertige Lehre macht eine Pflicht für mündige Menschen unnötig.

Anwesenheit ist in den meisten Fällen nicht zum Erreichen der in der Studien- und Prüfungsordnung beschriebenen Ziele des Studiums geeignet, erforderlich und angemessen. Wir räumen jedoch ein, dass für bestimmte Lehrformen eine spezifische Erfordernis der Anwesenheit besteht. Deshalb bedarf es natürlich einer körperlichen Präsenz bei beispielsweise Laborversuchen, Exkursionen, gewissen praktischen Übungen sowie Praktika, denn hier besteht selbsterklärend ein Zusammenhang zwischen Lernziel und Anwesenheit.

Statt einer Anwesenheitspflicht empfehlen wir die Erreichung der Lernziele von Veranstaltungen durch das universitäre Prinzip der Gemeinschaftlichkeit: die Inhalte und die Struktur von Veranstaltungen sollten in einem Dialog zwischen Lehrenden und Lernenden entstehen, sodass einvernehmlich die Bedürfnisse aller Beteiligten beachtet werden.

Ergeben sich also in einer Veranstaltung Probleme, etwa in Form einer durchgehend zu geringen Beteiligung, sollte der Fokus zunächst darauf liegen die dahinterliegenden Ursachen aufzudecken und Studierende und Dozierende sollten diesen gemeinsam auf den Grund gehen. Dies halten wir für einen sinnvolleren Weg ein produktives Lernklima zu erreichen, als starre Regulierungen und die Androhung von Sanktionen.

Für weitere Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

gez. Konferenzrat der Psychologie-Fachschaften-Konferenz

Ariane Loos • Anja Humbs

Marc Rommel • Marlene Stoll

Felix Barginda • Marie Hengstenberg

für die Psychologie-Fachschaften-Konferenz